

BürgerInnenbrief **Mitte**

22. Dezember 2008



DIE LINKE.

Fraktion in der
Hamburgischen Bürgerschaft

+++ 1000 Töpfe weg +++ Eislaufen +++ Wohnungsbericht +++ Ausblick +++ Schulsanierung +++ Die LINKE läuft... +++

Ein bewegtes Jahr geht zu Ende und kommt...



Seit zehn Monaten ist DIE LINKE mit acht ParlamentarierInnen in der Bürgerschaft und im Bezirk Mitte mit sechs Abgeordneten in der Bezirksversammlung vertreten. Für die meisten von uns ist diese Aufgabe ein gänzlich neues Arbeitsfeld geworden, was vor allem bedeutet, den Spagat zu bewältigen zwischen den Gepflogenheiten im Parlament, dem täglichen Klein-Klein und unseren gesellschaftspolitischen Visionen.

Als LINKE stehen wir für den Kampf gegen die Privatisierungen und für die Interessen vor allem der abhängig Beschäftigten, Erwerbslosen sowie der an den Rand gedrängten Menschen. Wir treten ein für umfassende Transparenz und Beteiligung aller an den Angelegenheiten der Stadt und der Stadtteile. Wir suchen vor Ort den Kontakt mit den BürgerInnen, den Initiativen und Vereinen, ohne die eine linke Politik nicht möglich wäre. Mit dem BürgerInnenbrief habe ich versucht, das politische Geschehen und unsere parlamentarische Arbeit transparent zu machen.

Ich möchte mich an dieser Stelle bei all den BürgerInnen, KollegInnen und GenossInnen bedanken, die durch ihre Informationen und Gespräche dazu beigetragen haben, dass dies möglich wurde. Ohne die Anregungen und ohne die Kritik, ohne Rat und Tat wäre das nicht zu schaffen gewesen.

Allen LeserInnen dieses BürgerInnenbriefes wünsche ich erholsame Feiertage und einen guten Rutsch.

Wir gehen auf ein bewegtes und vermutlich konfliktreiches Jahr 2009 zu, das die Anforderungen an unsere politische Arbeit sicherlich nicht geringer werden lässt. Wir werden viel Kraft brauchen, um Angriffe auf die noch bestehenden sozialen Errungenschaften abzuwehren, aber auch um den gemeinsamen Widerstand zu stärken und die sich bietenden neuen politischen Chancen zu nutzen.

Kraft tanken, an der Elbe spazieren gehen, die Ohren steif halten, ab und an ein gutes Buch lesen, ins Kino bzw. Theater gehen oder nette Musik hören, könnten dafür nützlich sein.

St. Georg ohne 1000 Töpfe?



Auch 1000 Töpfe geht – ein herber Verlust für die Angebotspalette in St. Georg

»Nun verlässt also auch 1000 Töpfe die Lange Reihe!« Diese Meldung traf viele AnwohnerInnen aus dem Hauptbahnhof wie auch den benachbarten Vierteln schwer. Gerade den St. GeorgerInnen gilt der kultige Laden mit seinem etwas freakigen, aber außerordentlich freundlichen und kompetenten Personal und einem »Hier-gibt's-eigentlich-Alles«-Sortiment als unverzichtbar für die Stadtteil- und Einkaufskultur. Nach 60 Jahren soll der Laden Ende Januar 2009 geschlossen werden, die MitarbeiterInnen wechseln in das Hauptgeschäft in der Ruhrstraße in Altona. Auf dem vergleichsweise großen Grundstück zwischen der Langen Reihe und der Knorrestraße (ca. 3.000 qm) soll ein Neubau entstehen, von bis zu 100 oder gar 120 Wohnungen ist zu hören, aber auch davon, dass die zukünftige Miete für die offenbar vorgesehene Ladenfläche im Erdgeschoss für 1000 Töpfe zu teuer wäre.

Dies wirft ein Licht auf eine Entwicklung, die BewohnerInnen und Gewerbetreibende gleichermaßen trifft: die so genannte Aufwertung im nördlichen Teil St. Georgs, die in ähnlicher Form auch in Ottensen, St. Pauli und im Schanzenviertel zu erkennen ist. Nicht nur die Wohnungsmieten explodieren hier, in gleichem Maße trifft es auch das Kleingewerbe, vor allem die Geschäfte, die zum Teil seit Jahrzehnten die Versorgung der Bevölkerung abgedeckt haben. Was vor zehn, zwölf Jahren noch problemlos möglich war, ist auf der Langen Reihe heute ein Auslaufmodell: Fleisch-, Fisch- und Gemüse Einzelhandel sind verschwunden, auch Schallplatten, Comics, Videos und Papier wird es hier in Läden zukünftig – allemal nach dem Weggang von 1000 Töpfe – nicht mehr zu kaufen geben. Gekommen sind dafür etliche Kneipen und Cafés, nicht zufällig ist in den von der Verdrängung heimge-

suchten Szenevierteln des öfteren von der Latte-Macchiatisierung zu hören.

Jüngste Opfer der »Aufwertung« dieser in ganz Hamburg beliebten Zeile sind der Bettenladen Sass und die Videothek, zum Jahresende zieht die Einrichtung »Weiterbildung Hamburg e.V.« an den Steindamm um und vier Wochen später gibt dann 1000 Töpfe auf. Hintergrund für diesen »Wandel« – wie es einige Behördenleute und StadtplanerInnen euphemistisch umschreiben – ist der Umstand, dass das Kleingewerbe keinerlei Mieterschutz genießt. Dies wirkt sich besonders negativ in einer Zeit aus, in der der Bezirk (z.B. mit einem unsäglichem »Einkaufsführer«) und die Medien alles dafür tun, die Lange Reihe hochzujubeln und damit die Preisentwicklung anzutreiben. Der Bezirksamtsleiter betont, dass die Lange Reihe mittlerweile die teuerste Straße in seinem Wirkungsbereich sei. Vereinzelt ist von einer Verdreifachung der Ladenmiete die Rede, in einem Fall zahlt ein Ladenbesitzer nahezu 100 Euro pro qm, in einem anderen gut zweieinhalb Tausend Euro für eine vielleicht 50 oder 60 qm große Fläche.

Längst hat die Lange Reihe ihren Charakter grundlegend verändert, aus der Sicht vieler AnwohnerInnen nicht zum Besseren. Hier machen sich die Auswirkungen einer von der Stadt beförderten Aufwertungs politik bemerkbar, die zwar stadteigene Gebäude (wie die Schule Koppel 96/98 und die ehemals dazugehörige Turnhalle an der Langen Reihe) Spekulanten überlässt und einen Ausschluss für Sexshops und Spielhallen verhängt, aber nichts für den Erhalt des teilweise langjährig ansässigen Kleingewerbes tut.

Weder DIE LINKE noch die Stadtteilgruppen haben allzu viele Möglichkeiten, diese Entwicklung zu stoppen. Sicher-

lich würde eine soziale Erhaltenssatzung die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen erschweren und damit den auf dem nördlichen Teil St. Georgs lastenden Aufschickungs-Hype in die Schranken verweisen. Leider zeichnet sich im Bezirk Mitte ab, dass SPD und GAL lediglich eine soziale Erhaltenssatzung für das südliche und evtl. mittlere St. Georg befürworten, aber gerade nicht für das seit Jahren am stärksten von der Aufwertung betroffene Gebiet um die Lange Reihe und die Koppel.

Die Bezirksfraktion der LINKEN ist bemüht, das Gebiet für eine Erhaltenssatzung in St. Georg möglichst groß zu schneiden. Inzwischen sammeln erste MieterInnen sogar Unterschriften dafür, mit »ihren« Häusern ebenfalls in das soziale Erhaltungsgebiet einbezogen zu werden. Wichtig wäre auch, Einfluss auf die Eigentumsverhältnisse und die Vermietungspolitik zu bekommen. In Stadtteilgruppen diskutierte Ideen für einen genossenschaftlich geführten Laden (z.B. eine Metzgerei) sind genauso zu begrüßen wie die Stärkung von »vernünftigen« VermieterInnen, die ein Auge auch für den angemessenen, bewohnerorientierten Gewerbemix haben und dies bei ihrer Vermietung beherzigen.

Was wir als LINKE speziell tun können, ist, eine sicher bundespolitisch relevante Initiative auf den Weg zu bringen: Die Schaffung einer Mieterschutzgesetzgebung für Kleingewerbetreibende. Dabei geht es u.a. auch um die so genannte Kapplungsgrenze, nach der die Mieten von WohnungsmieterInnen innerhalb von drei Jahren maximal um 20% erhöht werden können.

Eine solche Regelung gibt es für Gewerbetreibende nicht, das heißt, sie müssen diejenige Miete zahlen, die ihnen aufgebürdet wird, oder eben die Räumlichkeiten verlassen. Und gerade letzteres passiert in der jüngeren Vergangenheit auf der Langen Reihe wie auf dem Schulterblatt und der Ottenser Hauptstraße.

Im Interesse eines vielfältigen Stadtteils, der sich aus verschiedenen sozialen Bevölkerungsgruppen und einer vor allem an der Anwohnerschaft orientierten Ladenstruktur zusammensetzt, ist das Zusammengehen von Mieterschaft und Kleingewerbe unerlässlich. In dieser Hinsicht sollten wir als KonsumentInnen »unsere« letzten Läden gerade auch auf der Langen Reihe verteidigen und - nebenbei bemerkt - dort möglichst auch einkaufen.

In diesem Zusammenhang verweise ich noch einmal auf den Kalender mit den Fotos des St. Georger Fotografen Mathias Thurm zu den »alten Läden in St. Georg«.
Wer also noch kein passendes

Weihnachtsgeschenk

gefunden hat, liegt mit dem stadtteilbezogenen Präsent richtig. Der Kalender hat 14 Blätter im Format DIN A 3, eine Spiralbindung und kostet 18.50 Euro. Erhältlich ist er in der Buchhandlung Dr. R. Wohlers & Co. in der Langen Reihe, bei der Geschichtswerkstatt, in diversen St. Georger Geschäften und beim VSA: Verlag, St. Georgs Kirchhof 6.



Lieber cool Eislaufen als Event-Wellenreiten!

Es gibt in Hamburg eine städtische Sportanlage, die sich zwar allergrößter Beliebtheit erfreut, für die die Stadt aber herzlich wenig tut. Die Rede ist von der 1971 eröffneten Eisbahn in den Wallanlagen, mit 4.300 qm eine der größten stationären Freiluft-Kunsteisbahnen in Deutschland. Von November bis März finden sich jährlich rund 100.000 SchlittschuhläuferInnen aller Altersklassen und Schichten ein, um dem eisigen Vergnügen nachzugehen.

Die Freie und Hansestadt Hamburg ist Eigentümerin der Anlage, hat die Nutzung allerdings seit Anbeginn einem privaten Pächter überlassen und schießt auch nur eine relativ kleine Summe zum Erhalt zu. Doch statt die in Teilen inzwischen sanierungsbedürftige Anlage mit einer kräftigen Zuwendung zu bedenken und damit zu stabilisieren, hat der Be-

zirk Hamburg-Mitte dem Pächter das Leben schwer gemacht, indem er nur noch Pachtverträge mit einjähriger Laufzeit aushandelte. Im Juni 2008 schrieb die Stadt einen europaweiten Investorenwettbewerb aus, um Pläne für eine Neugestaltung der Anlage erarbeiten zu lassen. Mittlerweile sind von den ursprünglich sieben eingereichten Konzepten drei übrig geblieben, deren Schöpfern eingeräumt wurde, ihre Entwürfe bis Ende März 2009 zu überarbeiten, bevor der endgültige Zuschlag erfolgt.

Das größte mediale Echo hat der Vorschlag gefunden, einen großen Teil der Eisbahn zu einer Wellenreit-Gegenstromanlage mit einem 10m-Sprungturm für SporttaucherInnen umzurüsten (Entwurf Architekturbüro Czerner Göttsch und Bäderland). Völlig zu Recht schreibt der Pächter in einer Pres-

seerklärung: »Es scheint mittlerweile in Mode gekommen zu sein, bei Neugestaltungen durch komplizierte und völlig unerprobte Event-Konzepte am Bedarf der Bürger vorbei zu planen.« Auch die beiden anderen Entwürfe gehen zwar vom Erhalt der Eisbahn aus, doch auch bei ihnen würde sich der Charakter der Anlage nachdrücklich verändern: Ein zweiter Entwurf (Patrick Kharadi mit Asslinger und Bracht Architekten) sieht eine Überdachung vor, was bei den meisten Eissportfans auf Widerspruch stößt, ein dritter einen Klettergarten als zusätzliches Element (Architekturbüro Pook Leiska Partner).

Das Gegenmodell zu diesen Entwürfen stammt von dem langjährigen Pächter der Eisbahn: »Wir bieten eben nicht diesen modernen Glaspalast mit Event-Charakter«, formuliert er in seiner Erklärung, »sondern eine einfache und schlichte Sport- und Freizeitstätte, deren Betreiber sich prinzipiell auf ihre Kernaufgaben konzentriert haben, nämlich eine gesunde

Mischung aus Freizeit- und Breitensport in zentraler Lage und zu erträglichen Preisen.«

Mit meinen Möglichkeiten setze ich mich für den vollständigen Erhalt der Eisbahn in den Wallanlagen ein. Ich stimme dem Pächter zu, dass wir nicht immer neue Event-Locations benötigen, schon gar nicht, wenn eine Anlage wie die breitensportlich orientierte Eisbahn eingeführt ist, funktioniert und zudem eine hohe Akzeptanz in der Bevölkerung findet. Statt bestehende Strukturen und publikumsstarke Einrichtungen einzuschränken und damit vielleicht zu zerstören, sollten Bezirk und Senat vielmehr daran denken, die Eisbahn angemessen zu sanieren. Mit einer Kleinen Anfrage an den Senat werde ich zum Beginn des neuen Jahres nachhaken. Auf den verschiedenen parlamentarischen Ebenen muss es zudem darum gehen, per Diskussion und Antrag die Einrichtung vollständig zu sichern und in Substanz und Erscheinungsbild zu verbessern.



So kultig wie die im Central Park von New York: die Eisbahn in den Wallanlagen

Ein Stück Stadtgeschichte verschwindet

Ende November kündigte der Senat an, dass das bisher noch rund 23% des Hamburger Hafengebiets umfassende zollfreie Gebiet stark reduziert und auf eine »Kleine Freizone« auf dem Kleinen Grasbrook beschränkt werden soll. Mit dem Verlust eines großen Teils des »Freihafens«, der die Stadt über fast 120 Jahre geprägt hat, verändert der Hafen grundlegend sein Gesicht. Immer mehr Flächen dienen der Neubebauung (Hafencity) oder stehen boomenden Dienstleistern und Logistikunternehmen (Containerumschlag) zur Verfügung. Obwohl hier in der Sache ein sinnvoller Schritt unternommen wird,

lässt der Umgang mit dem Freihafen seitens des Senats zu wünschen übrig. Für viele der rund 230 betroffenen Unternehmen kommt die Entwicklung überraschend, nur noch ca. 20 werden zukünftig in der von 1.636 auf 60 Hektar verkleinerten Fläche übrig bleiben. Und auch die Öffentlichkeit ist viel zu spät informiert worden. Ökonomische Entscheidungen dieser Art, zumal von derartiger historischer Tragweite, sollten in Hamburg anders kommuniziert werden – für einen solchen Umgang mit den Menschen und der Stadtgeschichte steht jedenfalls DIE LINKE.



Blick vom Michel auf die Speicherstadt

Ich möchte zurückschauen auf die dramatischen Veränderungen in den vergangenen 120 Jahren: Von der Industrialisierung und einem schnell wachsenden Hafenproletariat Ende des 19. Jahrhunderts hin zu einer auf modernsten Technologien beruhenden Hafenwirtschaft, in der heute nur noch ein Bruchteil der ehemals hier Beschäftigten tätig ist. Die Globalisierung des internationalen Waren- und Güterverkehrs reißt nach und nach auch die letzten Privilegien und Grenzen ein, Entwicklungen, die für die Freie und Hansestadt Hamburg zumindest zwiespältig zu sehen sind. Wie kaum ein anderes Privileg hat die Gewährung eines Freihafengeländes die wirtschaftliche Entwicklung Hamburgs flankiert. Noch zur Zeit der Schaffung des Deutschen Reiches 1871 verteidigten Bremen und Hamburg ihren Status als zollfreies Staatsgebiet außerhalb der neuen, gemeinschaftlichen Zollgrenzen, um damit wirtschaftliche Vorteile zu erzielen. Zehn Jahre später hatte der Druck seitens der sich benachteiligt fühlenden ostelbischen Großagrarien und der Schwerindustrie derart zugenommen, dass die beiden Hansestädte am 25. Mai 1881 dem »Zollanschlussvertrag« zustimmen mussten. Hamburg

sollte nach einer siebenjährigen Übergangsphase in das gemeinsame Zollgebiet des Deutschen Reiches einbezogen werden. Zugleich bewahrte sich die Stadt beiderseits der Norderelbe auf einer Fläche von gut 16 Quadratkilometern einen Freihafen, der weiterhin als Zollausland betrachtet wurde und damit den zollfreien Umschlag und die Lagerung ermöglichte – ein echter Standortvorteil. In Vorbereitung der am 15. Oktober 1888 feierlich begangenen Eröffnung des neuen Freihafens entstand in wenigen Jahren die Speicherstadt, mitfinanziert durch die 40 Mio. Goldmark, die das Kaiserreich Hamburg für die Abtretung der Zollsouveränität zu zahlen hatte. Für den Bau des größten Lagerkomplexes der Welt mussten allerdings auch rd. 20.000 Menschen weichen, die zum großen Teil in die neu entstandenen Arbeiterquartiere Hammerbrook und Barmbek verdrängt wurden. Die sich mit dem Freihafen herauskristallisierende Prosperitätswelle war auf dem Rücken von Tausenden Menschen zustande gekommen. Sie wurden in triste Mietskasernen umgesiedelt und mussten Tag für Tag zusätzliche Stunden für den Weg zur und von der Arbeit in den Hafenbetrieben in Kauf nehmen.

Wohnungsbericht abgelehnt!

»Das Angebot an preisgünstigen Wohnungen in Hamburg ist knapp und verringert sich weiter.« Mit diesen Worten beginnt ein Antrag, den die Fraktion DIE LINKE Ende November in der Bürgerschaft eingebracht hat (Bürgerschaftsdrucksache 19/1641). Er zielte darauf ab, endlich mehr Klarheit und Daten über die Problematik zu bekommen. Konkret wurde vom Senat verlangt, im Frühjahr 2009 einen »umfassenden Bericht zur Lage und Entwicklung der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft« vorzulegen. Nicht mehr, aber auch nicht weniger. Dieser Antrag wurde mit den Stimmen von CDU und GAL niedergestimmt. Das aber heißt, dass die senatstragenden Parteien zwar von einer so genannten Wohnungsbauoffensive reden, faktisch aber nicht einmal die bedrohlichen Daten zur Kenntnis nehmen wollen.

Immerhin steigt die Wohnbevölkerung Hamburgs zur Zeit jährlich um 0,5% an, während die Haushaltsgröße kontinu-

ierlich abnimmt. Trotzdem sind in der Stadt im vergangenen Jahre 25,8% weniger Wohnungen fertig gestellt worden als 2006. Noch ärger wird die wohnungspolitische Senatsbilanz, wenn man die sozialen bzw. finanziellen Aspekte betrachtet. Alleine im Jahr 2007 sind die Mieten durchschnittlich um 4,3% angewachsen (im Altbau noch erheblich stärker); die Neuvermietungs-Miete im Zeitraum Januar bis März 2008 ist gegenüber 2007 sogar noch stärker angestiegen, nämlich von 4,65% auf 8,2%. Immer dramatischer stellt sich die Wohnungsver-sorgung vor allem für die einkommensarmen Schichten dar. Gab es Mitte der 1970er Jahre noch rund 400.000 Sozialwohnungen, waren es 2000 mal gerade 167.000 und heute nur noch 115.000! Es kommt hinzu, dass weitere 50.000 Sozialwohnungen in den nächsten zehn Jahren aus der Mietpreisbindung herausfallen. Der klaffenden Wohnungslücke steht viel zu wenig Neubau gegenüber; obwohl jährlich ca. 6.000

bis 7.000 neue Wohnungen (davon mindestens 3.500 Mietwohnungen) benötigt werden, liegt die Zahl der fertig gestellten in den vergangenen Jahren durchschnittlich bei lediglich 3.000 (2007: 3.173). Vor allem mietpreisbegrenzte Sozialwohnungen werden nicht einmal ansatzweise in der Dimension gebaut oder auch nur geplant, wie es dem wachsenden Bedarf angemessen wäre. Was da hinsichtlich der Wohnungsverorgung in der sich erst 2009/2010 voll auswirkenden Rezession auf die Menschen zukommt, mag man sich kaum ausmalen.

Wenn wir auch als Oppositionspartei den Senat nicht zwingen können, die Wohnungsfrage endlich Ernst zu nehmen

oder auch nur einen Sachstandsbericht vorzulegen, so werden wir doch die Finger in die wohnungspolitischen Wunden legen. Und dies in Kooperation mit den Menschen vor Ort, ihren Initiativen und nicht zuletzt dem Arbeitskreis MieterInnenrat Hamburg, der zukünftig die Interessen der Hamburger MieterInnen bündeln wird.

Schon für den laufenden Haushalt fordern wir mehr Geld für den sozialen Wohnungsbau. Und spätestens im Februar/März 2009 werden wir dem Senat mit einer Großen Anfrage diejenigen Informationen entlocken, die er bisher nicht bereit ist, der Öffentlichkeit in Form eines Berichtes umfassend zu präsentieren.

Kann man mit einem Fingerhut voll Wasser einen großen Brand bekämpfen?



ver.di-Veranstaltung mit Heiner Flassbeck

Der Ausblick auf das kommende Jahr ist nicht sonderlich positiv. Die Ankündigungen über eine bevorstehende Saison von schlechten Nachrichten haben einen eindeutigen Hintergrund: Die Stimmung in der deutschen Wirtschaft hat im Dezember 2008 einen Tiefpunkt erreicht. Der Ifo-Geschäftsklimaindex, ein Verfahren zur Ermittlung der wirtschaftlichen Perspektiven von Unternehmen, fiel zum siebten Mal in Folge. Im Dezember dominiert die Verschlechterung der Geschäftslage bei den 7.000 befragten Unternehmen den Abwärtstrend bei der Gesamtstimmung. Hinsichtlich der Entwicklung in den nächsten sechs Monaten sind die Befragungsteilnehmer nahezu unverändert skeptisch. Das Abrutschen des Geschäftsklimas in den vergangenen Monaten macht deutlich, dass mehr als nur ein zyklischer Abschwung bevorsteht.

Dies gilt auch für große Teile der Wirtschaft in Hamburg. Vordergründig sehen wir die übervollen Weihnachtsmärkte und auch der Einzelhandel ist mit den Umsätzen bislang leidlich zufrieden. Aber aus dem Hafen, der Industrie und Teilen der Dienstleistungsbranchen kommen mehr und mehr negative Trendmeldungen. Auch für die Hansestadt gilt: Die Finanzkrise hat längst auf die Realökonomie durchgeschlagen und wir müssen uns auf eine schrumpfende Wirtschaftsleistung einstellen. Der Vorstandsvorsitzende der HHLA Klaus-Dieter Peters erklärt: »Wir rechnen mit einer deutlichen

Wachstumsdelle. Präziser kann ich das im Moment nicht sagen.« Während die NOL-Reederei ihre Kapazitäten schon um 25% reduziert hat, macht die HHLA noch auf Optimismus: »Wir rechnen in unserer bisherigen Planung für die nächsten Jahre weiterhin mit einer Rendite von mehr als 20%.« Auch Herr Peters wird von solchen Margen Abschied nehmen müssen, die nur in einer Blasenökonomie des Finanzkapitalismus zeitweilig möglich waren.

Diese Fragen standen im Mittelpunkt einer von ver.di-Hamburg ausgerichteten Veranstaltung mit dem Chefvolkswirt der UN-Welthandelskonferenz, Heiner Flassbeck. Flassbeck wirft den Deutschen jetzt vor, die Dimension der Rezession noch gar nicht begriffen zu haben. Dass die Bundesbank für 2010 schon wieder ein Plus prognostiziere, sei »unverantwortlicher Optimismus«. Die Lage sei unglaublich ernst. Im nächsten Jahr werde die deutsche Wirtschaft erheblich schrumpfen. Zwei Prozent wären keine Überraschung, aber auch ein Minus von vier Prozent ist möglich. Dies sei keine normale Rezession, sondern ein globaler Einbruch. Die deutsche Politik habe das noch immer nicht begriffen. Die Kanzlerin hoffe darauf, dass der Export bald wieder anspringt, weil sich andere Länder erholen. Das wird jedoch nicht so schnell passieren. Es platzt ja nicht nur eine Hypothekenblase in den Vereinigten Staaten. Gleichzeitig bricht die Spekulation an den Aktienmär-

ten, bei den Rohstoffen und den Währungen zusammen. Das mischt sich zu einem unglaublichen Gebräu. Die Bundesregierung müsste sofort ein Konjunkturprogramm auflagen, das 2% der Wirtschaftsleistung entspricht – das wären 50 Milliarden Euro jährlich. Davon sollte ein großer Teil in öffentliche Investitionen für Schulen oder Klimaschutz fließen. Deutschland müsse von seinem hohen Exportanteil runter, denn die globalen Ungleichgewichte seien eine Ursache der Krise. Die Gefahr einer Deflation ist nach Flassbeck sehr groß, wenn sich die Preisspirale erst einmal nach unten dreht, dann konsumiert niemand mehr. Stattdessen warten alle darauf, dass alles billiger wird. So verschärfe sich die Wirtschaftskrise.

Aus der Bürgerschaft haben Jens Kerstan (GAL), Peter Tschentscher (SPD), Wolfgang Rose SPD und ich für die LINKE an der Diskussion teilgenommen. Welchen Beitrag kann die Politik in Hamburg zur Abbremsung des drohenden Schrumpfungsprozesses leisten? Der schwarz-grüne Senat hat ein Konjunkturprogramm entwickelt. Die Stadt Hamburg wird zur Stützung ihrer Wirtschaft Investitionen in Höhe von mindestens 250 Millionen Euro vorziehen. Die Mittel sollen in erster Linie in den Hafen, Schulen und den Klimaschutz fließen. Es ist positiv zu bewerten, dass die Regierungskoalition auch einen Beitrag zur Abschwächung der rezessiven Entwicklung unternimmt. Gerade die bundesdeutsche Ökonomie kann und muss einen Beitrag gegen die Abwärtstendenz und zur Abwendung einer langjährigen deflationären Krisenentwicklung leisten. Allerdings sind die vorgelegten Vorschläge bislang überwiegend symbolisch und lösen keine Investitions- und Stärkungsbewegung für die Regionalwirtschaft aus.

Vorgezogene Investitionen zur Sanierung von Schulen, Krankenhäuser und Großwohnanlagen sind ein Tropfen auf den heißen Stein. Wenn die Regierungskoalition die Abwärtsbewegung abfedern und den Großteil der gefährdeten Arbeitsplätze stabilisieren will, müsste das drei- bis vierfache der vorgesehenen Mittel eingesetzt werden. In dieser Situation darf man auch vor einer Kreditfinanzierung von Stützungsmaßnahmen nicht zurückschrecken. Ein wichtiges Investitionsfeld könnte eine massive Ausweitung des sozialen

Mietwohnungsbaus sein. Zusammen mit den öffentlichen Wohnungsunternehmen könnte ein deutlicher Beitrag zur Linderung des Wohnungsmangels und zur Stützung der Konjunktur geleistet werden.

Der wichtigste Beitrag muss jedoch auf dem Terrain der Bekämpfung von Armut und sozialer Spaltung liegen. Abschaffung des Büchergeldes, kostenloses Mittagessen in Kitas und Schulen, preiswerte SchülerInnenkarten für den ÖPNV sind sofort wirksame Maßnahmen zur Stützung des Konsums.

Die Abschaffung der 11.000 Ein-Euro-Jobs und die Ausweitung von sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen beispielsweise im Rahmen des sozialräumlichen Managements in den benachteiligten Stadtteilen ist ein wirksamer Beitrag zur Stützung der regionalen Wirtschaftskreisläufe und zur Bekämpfung der sozialen Spaltung.

Ausdrücklich zu begrüßen ist die Idee, begleitend zur Kurzarbeit Qualifizierungsprogramme für die Betroffenen anzubieten. Wenn an die Stelle der Aufhebung des Einstellungsstopps wirklich eine Aufstockung von Beschäftigten in Kernbereichen des ausgemergelten öffentlichen Dienstes tritt, hätte Hamburg in der Tat einen Paradigmenwechsel für den öffentlichen Sektor eingeleitet.

Die Absicht, Bürgschaften für Unternehmen auszugeben, ist zu begrüßen. Unternehmen haben in der Tat größere Chancen auf einen Kredit, wenn es staatliche Bürgschaften gibt. Die LINKE begrüßt auch die Absicht, gegen Liquiditätsengpässe für kleinere und mittlere Unternehmen Globaldarlehen der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) und der europäischen Förderinstitute einzusetzen. Für kleine und mittelständische Unternehmen soll es einen Feuerwehffonds mit einem Volumen von 4,5 Millionen Euro geben.

Die schwarz-grüne Koalition will durch kleine Lose und entsprechende Ausschreibung besonders die kleinen und mittleren Unternehmen mit Aufträgen stärken. Dies ist angeblich das generelle Ziel der schwarz-grünen Wirtschaftspolitik. Wenn diese Absicht in der sich abzeichnenden schweren Krise ernsthaft angepackt wird, wären wir einen großen Schritt weitergekommen.

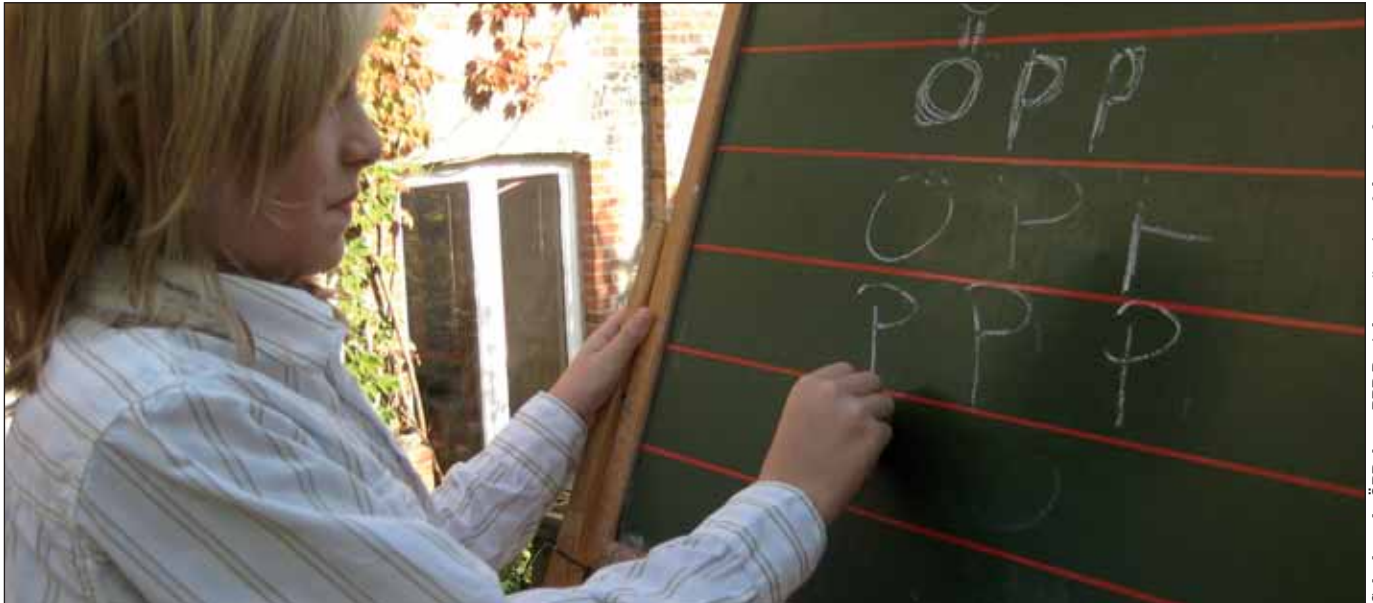
Schulsanierung ja – Sondervermögen nein

Der Hamburger Senat hat die Gründung eines Sondervermögens Schulbau beschlossen. Die Finanz- und Bildungsbehörde wurden beauftragt, für das erste Halbjahr 2009 einen entsprechenden Gesetzesentwurf vorzubereiten.

Mit dem Sondervermögen sollen der Sanierungsstau an Hamburgs Schulen in Höhe von drei Mrd. Euro und deren Erweiterungs- und Neubaubedarf in Höhe von 1,2 Mrd. Euro beseitigt werden. Die Beseitigung des Investitionsrückstaus bei Schulen, Turnhallen und Sportplätzen könnte ein hervorragendes Wirkungsfeld für ein Konjunkturprogramm sein. Es handelt sich mit Sicherheit um kein »Strohfeuer«, die Sanierung ist überfällig. Es ist vertretbar, die Sanierung jetzt kon-

zentriert anzugehen und die Finanzierung über zinsgünstige Kommunalkredite zu bewerkstelligen. Aber genau dieses will die schwarz-grüne Regierungskoalition nicht. Sie will sich wiederum Zeit lassen mit der Sanierung und sie will dieses Projekt wiederum durch die Gründung eines Sondervermögens besonders teuer machen.

Weil in der Vergangenheit bei den Investitionen in die Schulen drastisch gespart wurde, müssen jetzt gewaltige Summen aufgewandt werden. Für die Durchführung dieser Investitionen soll ein Sondervermögen gegründet werden, das Eigentümer aller Schulgebäude und -grundstücke werden soll. Die Schulbehörde zahlt dann an dieses Sondervermögen eine



Schulen als ÖPP- bzw. PPP-Projekte: günstiger & besser?

kostendeckende Miete, die auch die Aufwendungen des Sondervermögens für Sanierung und Neu- bzw. Erweiterungsbau abdecken soll.

Ich habe grundsätzliche Einwände gegen die Einrichtung eines Sondervermögens, weil erstens die notwendigen Kredite auch direkt von der Stadt aufgenommen werden könnten, was deutlich günstiger wäre.

Zweitens wird ganz offen eingeräumt, dass die Versetzung des bisher für den Schulbau zuständigen Behördenpersonals, aber auch der 1.350 Schulhausmeister, Betriebsarbeiter, Reinigungskräfte und Bewacher in das Sondervermögen das geringste »Widerspruchs- und Konfliktpotenzial« bietet. In anderen Worten: Bei diesem Modell kalkuliert man schon mit der einfachsten Durchsetzung einer Absenkung des Personalkostenniveaus.

Drittens wird angeführt, dass man beim Sondervermögen Grund- und Gewerbesteuer umgehen könne. Dieser offene Aufruf zur Steuerumgehung ist wahrlich skandalös.

Viertens soll das Sondervermögen Sanierung und Neubau letztendlich doch wieder über ÖPP- bzw. PPP-Projekte ins Werk setzen, was in der Vergangenheit nachweislich zu erheblichen Mehrkosten, schlechteren Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten und zum Abbau demokratischer Mitbestimmungsrechte geführt hat.

Gewinner dieser indirekten Form der Privatisierung ist vor allem das Finanzkapital, das sich an satten, staatlich abgesicherten Gewinnen erfreuen kann.

Begründet wird dieser »Systemwechsel im Schulbau« mit dem Argument: »Die Sanierung aller Schulen und die Realisierung des Zubaubedarfs lassen sich im gegenwärtigen System mit den zur Verfügung stehenden investiven Haushaltsmitteln nicht decken. Darüber hinaus entspricht die bestehende Aufgabenteilung im Schulbau nicht den Anforderungen an ein effizientes Schulbau- und Gebäudemanagement.« Allerdings: Der Senat hat die Angebote des Personalrates nie aufgegriffen, ernsthaft über eine behördeninterne Reorganisation zu verhandeln, um auf diese Weise zu einer effizienteren

Organisation in Schulbau und Gebäudemanagement in städtischer Eigenregie zu kommen.

Mit seiner Entscheidung setzt sich der Senat darüber hinaus über alle Argumente hinweg, die von der Opposition, aber auch vom Rechnungshof gegen das Sondervermögen geltend gemacht wurden.

Mit der Behauptung, über Sondervermögen und ÖPP- bzw. PPP-Projekte werde (außerhalb des normalen Haushalts) eine finanziell machbare Behebung des Sanierungsstaus in Gang gesetzt, wird zudem darüber hinweggetäuscht, dass damit mehrere hundert Millionen Euro des jährlichen Betriebshaushalts unwiderruflich gebunden sind, die im Zweifelsfall zulasten anderer Bereiche gehen.

Schließlich und endlich hat der Rechnungshof vor der Etablierung weiterer ÖPP- bzw. PPP-Projekte den Nachweis der Wirtschaftlichkeit der schon laufenden Unternehmungen (Modell Hamburg Süd, Katharinenschule) eingefordert. Die Regierungskoalition lobt zwar die Erfahrungen mit diesen Modellversuchen über den grünen Klee, ohne allerdings einen entsprechenden Bericht vorzulegen. Dieses dreiste Ignorieren der Anforderungen des Landesrechnungshofs ist umso bemerkenswerter, als schon vor Gründung des Sondervermögens in 2009 zwei Tranchen für 14 berufliche und 20 allgemeinbildende Schulen ausgeschrieben und an einen privaten oder öffentlichen Partner vergeben werden sollen. Zudem ist die Ausdehnung des Modells Hamburg Süd auf fünf weitere Schulen geplant.

Diese faktische Aushebelung von Bürgerschaft und demokratischen Kontrollorganen steht im krassen Gegensatz zum demokratischen Mantel, in den sich die politischen VertreterInnen des schwarz-grünen Senats in ihren Sonntagsreden gerne hüllen. Die Entscheidung für Sondervermögen und ÖPP- bzw. PPP-Projekte ist aber nicht nur undemokratisch, sondern auch volkswirtschaftlicher Unsinn, weil diese Art der Behebung der Malaise bei den städtischen Schulbauten die Stadt sehr viel teuer zu stehen kommt, als wenn sie dies in Eigenregie täte.

DIE LINKE läuft mit ... und »kümmert sich«



J. Bischoff, M. Humburg, R. Hercher-Reis und A. Schellner in Wilhelmsburg

Insgesamt zehn Rundgänge durch Hamburger Stadtteile hat die Linksfraktion in der Bürgerschaft im Oktober und November durchgeführt. Trotz früh einsetzender Dunkelheit und manchem Regenschauer lernten die TeilnehmerInnen bislang nicht so im Vordergrund stehende Aspekte der Stadtteile näher kennen. Die versierten RundgangsleiterInnen, durchweg nicht in der Partei DIE LINKE organisiert, konnten den Interessierten, unter ihnen nicht wenige Neu-Abgeordnete aus Bezirksversammlung und Bürgerschaft, wichtige Informationen und ungewohnte Sichtweisen vermitteln: »In Wilhelmsburg bekamen die TeilnehmerInnen z.B. viel über die sich abzeichnenden Auswirkungen der Internationalen Bauausstellung (IBA) und der Internationalen Gartenschau (IGS) mit. In St. Pauli, St. Georg, Ottensen und in der Schanze wurde der Aufwertungs- und Verdrängungsprozess veranschaulicht. In der Innenstadt konnten wir Varianten der Teilprivatisierung öffentlichen Raums begutachten, in der Hafencity ging es um die Megaplanungen. In Rothenburgsort stand z.B. der Masterplan Elbbrücken im Fokus, in Hamm ging es um kleinteilige Veränderungen.« (Auswertungsbericht)

Der Grad der Veranschaulichung und das Problembewusstsein wächst, wenn man die Entwicklungen vor Ort betrachtet und erläutert bekommt! Deshalb sollen die Rundgänge im Frühjahr 2009 fortgesetzt werden, ggf. mit neuen Vierteln oder eher thematischen Akzenten (z.B. die Kolonialgeschichte, der Hafenverkehr etc.).

DIE LINKE läuft nicht nur mit, sondern zieht Konsequenzen. Mitte November wandten sich Joachim Bischoff (MdHB), Michael Joho (wissenschaftlicher Mitarbeiter), Antje Schellner (Fraktionsreferentin für die Bereiche Wohnen und Verkehr) und Renate Hercher-Reis (Bezirksabgeordnete der LINKEN aus Wilhelmsburg) zusätzlich gleich zweimal dem Stadtteil

Wilhelmsburg zu. Zunächst durchquerten wir gemeinsam mit dem alteingesessenen Sprecher so mancher Wilhelmsburger Initiative, Manuel Humburg, einen halben Tag lang die Elbinsel. Manuel erläuterte seine Sicht auf die wichtigsten Brennpunkte vor Ort. Dabei ging es u.a. um das riesige Spülfeld im Süden, das bis vor kurzem noch eine große Freifläche und Teil der grünen Lunge war und neuerdings für einen offenbar riesig ausfallenden Neubau der Spedition »Kühne & Nagel« herbzw. zugerichtet wird. Beeindruckend waren auch die Containerberge, die sich teilweise mitten im Wohngebiet erstrecken, sowie der Schwerlastverkehr, unter dem große Teile der WilhelmsburgerInnen leiden. Und über den legendären Zollzaun konnte man nur den Kopf schütteln... Tags darauf folgte dann ein intensives Gespräch mit zwei Experten, die sich seit langem für die Interessen Wilhelmsburgs engagieren.

Die Eindrücke, Erkenntnisse und Informationen vor Ort dienten dazu, mehr Klarheit hinsichtlich der Wilhelmsburger Problemlage zu bekommen. Wir wollen ein verkehrspolitisches Eckpunktepapier für die Bürgerschaftsfraktion erarbeiten, in dem das im Fokus von Hafen, Bauausstellung und Gartenschau stehende Wilhelmsburg eine Rolle spielt. Die beiden Ortstermine haben uns darin bekräftigt, vor allem zwei Grundprinzipien zu beherzigen: Erstens darf nicht immer mehr Transit- und Hafenverkehr mitten durch Wilhelmsburg geleitet werden. Langjährige Planungen einer Hafenspanne und Überlegungen zum Neubau weiterer Autobahnen quer durch Wilhelmsburg (auch als Ersatz für die marode Wilhelmsburger Reichsstraße) lehnen wir ab. Zweitens müssen alle Planungen, Entwürfe, Gutachten etc. offen gelegt und mit der Bevölkerung erörtert werden. Eine vernünftige Verkehrspolitik ist ohne Transparenz und demokratische Beteiligungsstrukturen nicht zu haben!

Kultur Tipp: It's a Free World



Kierston Wareing als Angie in »It's a Free World«

Auch wenn das neue Werk des progressiven britischen Filmemachers Ken Loach (zuletzt: »The Wind That Shakes the Barley« über den irischen Unabhängigkeitskrieg) schon einige Zeit läuft, möchte ich den Film empfehlen. Im Mittelpunkt von »It's a Free World« steht mit Angie eine alleinerziehende Mutter, die in ihrer Leiharbeitsform gekündigt wird, weil sie sich nicht mehr von den Kollegen befummeln lassen will. Sie eröffnet eine eigene Arbeitsagentur und nutzt dafür ihre Kontakte zu osteuropäischen ArbeitsmigrantInnen. Doch schon bald geriert sie sich selbst als miese Ausbeuterin, nicht immer mit einem guten Gefühl und schon gar nicht als strahlende Siegerin.

Die Aussagen und die Darstellung der Hauptprotagonistin des Films sind umstritten. Die einen werfen dem Regisseur vor, dass er Angie zu viel »blasse Rechtfertigungs-Monologe« in den Mund gelegt hat, andere bejubeln, dass er trotz allem Engagement vor allem »eine romantische Kinoleinwand« pflegt, auf der »umwerfende Schauspieler zu sehen sind«.

Ein/e jede/r mag sich selbst sein/ihr Bild machen, ein sehenswertes Werk mit sozialpsychologischem Akzent ist der Film allemal. Er läuft zur Zeit noch im »3001 Kino« (OmU) täglich um 19 Uhr sowie im »Abaton« am Dienstag um 15 Uhr.

Mit diesem BürgerInnenbrief informiere ich regelmäßig über das Parlamentsgeschehen und die politischen Auseinandersetzungen in Hamburg, im Bezirk Mitte sowie im Wahlkreis. Wenn Sie diesen BürgerInnenbrief **per E-Mail** (und ggf. zusätzlich den monatlichen Infobrief »Mittensmang« des Bezirksverbandes Mitte und den Newsletter des Landesverbandes der LINKEN) beziehen oder wenn Sie diesen BürgerInnenbrief nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie eine kurze Mail an: joachim.bischoff@linksfraktion-hamburg.de. Und: Sprechen Sie mich an – zum Beispiel während meiner **Sprechstunde donnerstags von 16:00 bis 18:00 Uhr im BürgerInnenbüro der LINKEN in der Borgfelder Straße 83** –, wenn Sie meine Arbeit als Abgeordneter in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen.